ABGEORDNETENMAGAZIN
KW51/25

Wos Gscheits

Manfred Schiller:
ein Weidener im Bundestag

Aus dem Inhalt:

»Greenwashing«

Wie groß muss eine Lüge sein, damit man sie glaubt?

Weitere Themen:

4 *Titelthema „Greenwashing“*
6 *Aktuelle Nachrichten*
8 *Sitzungswochen-Rückblick*
14 *Aus dem Wahlkreis & Bayern*

Vorwort

Wahlkreisbüro
Christian-Seltmann-Str. 21
92637 Weiden
Tel. 0961 40 17 56 94
manfred.schiller.wk@bundestag.de

Liebe Freunde,

die letzte **Sitzungswoche** des Jahres **2025** liegt nun hinter mir, und die hatte es noch einmal in sich:

Mein persönliches **Highlight in Berlin** zum Jahresabschluss war meine **Rede zum Gesetzentwurf** der AfD für ein neues **Petitionsgesetz**. Und auch am Wochenende in Bayern erreichten mich schöne Nachrichten: Der **Landesverband Bayern** der „**Generation Deutschland**" hat sich in Greding gegründet.

Nun gibt es noch ein paar letzte Dinge zu erledigen, bevor am Mittwoch das **Weihnachtsfest** ansteht und meine Mitarbeiter und ich dieses aufregende Jahr im Kreise unserer **Familien** ausklingen lassen werden.
Wir lassen es nun alle etwas ruhiger angehen, daher werde ich auf meinen Social Media-Kanälen nicht so aktiv wie üblich sein, die nächste Ausgabe von „**Wos Gscheits**" wird im neuen Jahr erscheinen.
Ihr werdet aber trotz Urlaubszeit das eine oder andere Mal von mir hören.

Mein Wahlkreisbüro ist bis einschließlich 06. Januar 2026 geschlossen.
Danach sind wir wieder für euch da.

Ich wünsche euch eine schöne und besinnliche Zeit und einen „Guten Rutsch" ins neue Jahr!

Liebe Freunde,

*der **Landesverband Bayern** der **Generation Deutschland** wurde am Wochenende gegründet - ich wünsche euch von Herzen **viel Erfolg**, gratuliere dem neuen **Vorstand** und wünsche allen Gewählten eine glückliche Hand!*

Die Jugend ist unsere Zukunft – Deutschland braucht euch.

Euer Manfred Schiller

Titelthema:

»Greenwashing«

Wie groß muss eine Lüge sein, damit man sie glaubt?

Wie groß muss eine Lüge sein, damit man sie für die Wahrheit hält?

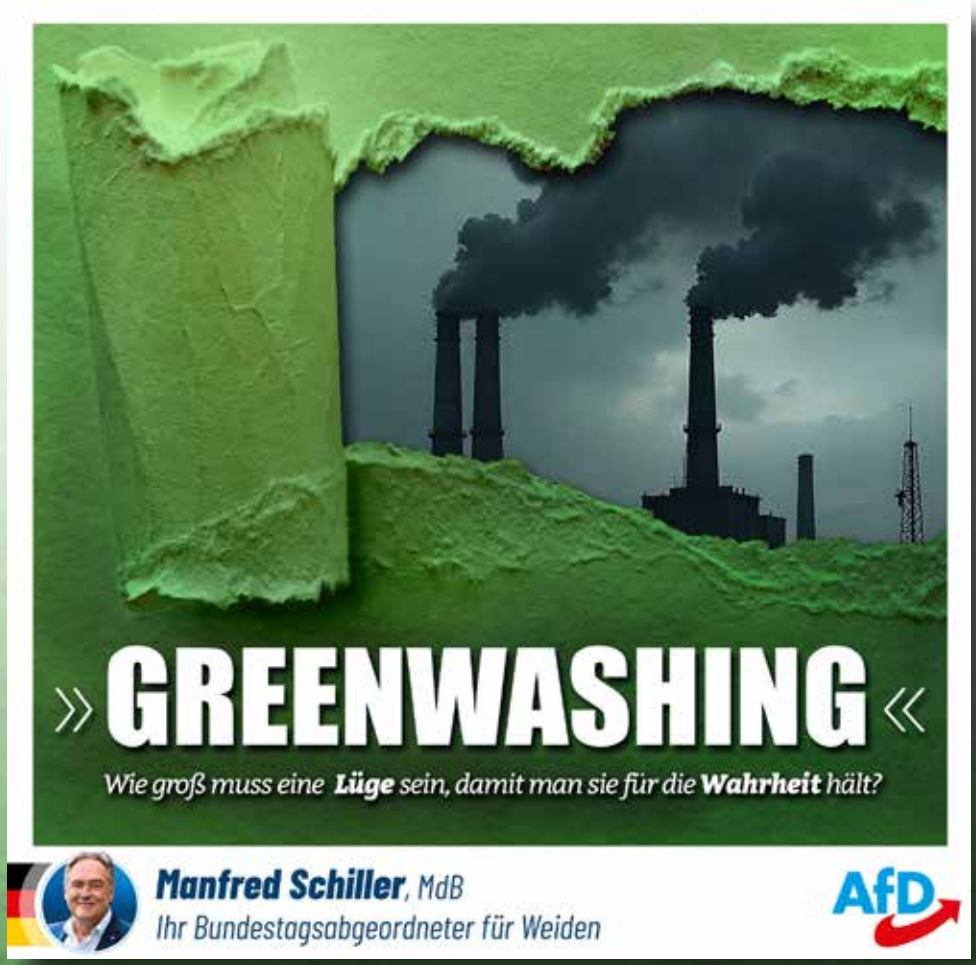
In vielen Presseartikeln wurde vermeldet, dass **BlackRock** von **Klima-Engagements** und Klimakooperationen **Abstand genommen** bzw. diese **verlassen** hat.
So hat BlackRock u.a. die **ESG-Investitionen heruntergefahren** und die **Mitgliedschaft bei NZAM** (Net Zero Managers Initiative) **aufgegeben**, vor dem Hintergrund, dass viele Investoren ihre Mandate bei einem der größten Investmentkonzerne aufgekündigt hatten.

Auch **Bill Gates** legt den **Fokus** seiner Investments seit Neustem **nicht mehr auf das anscheinend „tote Pferd" Klima**, sondern erwartet bessere Ertragsaussichten im **Pharma-Sektor** (wir erinnern uns an seine Milliarden-Gewinne allein beim kleinen Startup Biontech aus der Pfalz durch das Puschen der dubiosen Injektionsmittel).

Und nun hat auch unsere Uschi aus Brüssel Erbarmen. Sie **mildert** ihre **strikten Vorgaben ein wenig ab** und will die **90prozentige Senkung der Treibhausgase** ggü. 1990 nunmehr **bis 2040** erreichen. Das Tollste daran: ein Teil des **Ziels** darf erreicht werden durch **Klimaschutzprojekte im Ausland**.
Ich hatte erst vor Kurzem dazu einen Artikel bei PI-News geschrieben, basierend auf der aktuellen ARD-Reportage ***Verschollen – Schmutzige Geschäfte mit dem Klimaschutz***.
In **Brasilien** werden **riesige Flächen** natürlicher Vegetation, sog. Kohlestoffsenken, **abge-**

holzt und durch schnellwachsende **Monokulturen ersetzt**, um letztendlich **Klimazertifikate zu generieren**. Diese sind ein Baustein des **Big Business** mit **deutschen Steuergeldern**, denn integriert in diese Geschäftsidee sind **rußende Holzkohleöfen** und **Stahlfabriken** vor Ort, die endlos **Treibhausgase** in den Himmel pusten.
Die Produkte dieses raffinierten Kreislaufs kommen dann als „**grüngewaschene**“ **Stahlware** auf den **europäischen Kontinent**.

Bitte lest hier nochmals bei Interesse:
Moderner Ablasshandel mit deutschem Steuergeld



Übrigens: Stahlprodukte aus den südamerikanischen Staaten sollen im Rahmen des Mercosur-Abkommens vom Zoll komplett befreit werden.

Bulgarien

Ein desolater Staatshaushalt, Korruption und der bevorstehende, von der Bevölkerung abgelehnte Beitritt zum Euro haben jetzt das Fass in Bulgarien zum Überlaufen gebracht:
Dem Druck von Massenprotesten folgend, trat die Regierung in Sofia vor wenigen Tagen zurück.
Die bulgarische EU-Abgeordnete Rada Laykova der Partei „Wiedergeburt“, welche der ID-Fraktion im EU-Parlament angehört, nimmt Stellung: „Der Sturz der bulgarischen Regierung zeigt, dass der Staat der Korruption, der Oligarchie und der Mafia soeben zu Ende gegangen ist. Wir von der bulgarischen Partei Wiedergeburt sagen: Es ist Zeit für eine Neugründung des bulgarischen Staates und für einen neuen Gesellschaftsvertrag.“
Ich wünsche den Bulgaren viel Kraft für einen soliden Neuanfang ohne Einmischung von EU und deren finanzierten NGOs.

Die „Pandemie der Ungeimpften“ war eine Lüge!

Die Frechheit, mit der Jens Spahn vergangene Woche vor der Enquete-Kommission auftrat, macht mich fassungslos. Ganz abgesehen von dem Skandal rund um die Millionendeals der „Maskenaffäre“ erklärte er, dass es „nie Ziel war“, dass es durch die Corona-Impfung zu „Infektionsschutz gegenüber Dritten kommt“, außerdem würden die Impfstoffe „bis heute gewissermaßen im Markt getestet werden“.
Damit widerspricht er seinen eigenen Aussagen von 2021, als er noch öffentlich behauptete, die Impfung würde vor Ansteckung schützen und Herdenimmunität durch die Impfung als Ziel setzte.
Eine „Jagd auf Ungeimpfte“ habe es nie gegeben.
Doch wir erinnern uns an die verheerenden Folgen der Rhetorik seitens Politik, Medien und Haus- & Hof- Promis:
Bürger wurden beschimpft, bespitzelt, ausgegrenzt und diskreditiert, mit der „Pandemie der Ungeimpften“ legitimierte man schwerste Grundrechtseingriffe!
Im Internet lassen sich mit ein paar Mausklicks noch heute die Schnipsel der damaligen Aussagen und Kampagnen finden, Stichwort „Beugehaft“, „Rentenkürzung“, „keine Lohnfortzahlung in Quarantäne“ für Ungeimpfte, etc., euch fällt sicher noch mehr ein.
Nun hat er zugegeben, was wir immer wussten - sie haben gelogen.
Wir vergessen nicht!

Petitionshinweis

Mehr **Maßnahmen** zum **Schutz** des **Christentums** gefordert

Diese aktuelle Petition, die auf die weltweite Christenverfolgung aufmerksam macht, ist mir ein großes Anliegen, denn hinter der Entwicklung stehen grauenhaftes Leid und Gewalt.

Wenngleich die geforderten Maßnahmen konkretisiert und Hilfsprogramme in Zukunft einer strikten Erfolgskontrolle unterzogen werden müssten, denn das Gießkannenprinzip lehnen wir ab.

Beziehen wir uns auf die Entwicklung der christlichen Amtskirchen in Deutschland, so wird deutlich:
Das Christentum ist auch hier auf dem Rückzug.
Allein zwischen 2014/15 und 2024 verzeichneten die beiden Amtskirchen einen relativen Schwund von fast 14 Prozent.
In diesem Zeitraum ist die muslimische Bevölkerung um etwa 900.000 Personen angestiegen (Quelle: Deutsche Islamkonferenz).
Mitzeichnen kann man bis zum 22. Januar 2026.
https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2025/_10/_29/Petition_189588.nc.html

Rechts wird verfolgt, Links wird gefördert – AfD im Bundestag fordert jetzt:

Endlich Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur lückenlosen Aufklärung der NGO-Finanzierungen.
Die Prozesse des "Rollatorputsches" gehen bald in das vierte Jahr. In den Hochsicherheitstrakten verschiedener deutscher JVAs sitzen die älteren Herrschaften wie Schwerstverbrecher ein und mit der wachsenden Anzahl an Verhandlungstagen zerbröseln die Anklagepunkte zusehends.
Ausgeübte Gewalt: nie erfolgt.
Währenddessen toben Gruppierungen der Antifa seit Jahren nicht nur zu 1.-Mai-Kundgebungen mit Schneisen der Verwüstung durch die Großstädte. Sie überfallen AfD-Anhänger und prügeln sie klinikreif. Sie fackeln deren Eigentum ab, beschmieren Wände. Sie riegeln in paramilitärisch organisierten Gruppen ganze Städte ab. Ziel der Bestrebungen: Kollaps des Rechtsstaates.
Reaktion des Staates: keine.
Tatsächlich fließen staatliche Gelder zu deren Unterstützung und sie sind nicht die einzigen, die abkassieren. Ob Omas gegen Rechts, und tausende sog. antifaschistischer, antirassistischer Initiativen, sie alle erhalten staatliche Zuwendungen. Die AfD will Licht ins Dickicht bringen und den Sumpf austrocknen.

Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 51

Eine gute Nachricht zum Ende des Jahres gibt es auf jeden Fall aus dieser Republik zu berichten: **Xavier Naidoo** is back!
Das 1. Konzert in Köln war **ausgebucht** mit 16.000 verkauften Karten, tags darauf wiederholte sich das gleiche nochmal in Köln, von Berlin im Januar ist mir bekannt, dass es schon keine Karten mehr gibt. Ich hoffe, das ist nicht das einzig Positive, was ich euch berichten kann.
Und daher gleich vorweg:
Ich **redete** am Donnerstagabend im **Plenum** zum Antrag, der noch in der vorherigen Legislatur von meinem AfD-Kollegen erarbeitet wurde:
Schaffung eines Petitionsgesetzes in Deutschland, das es nämlich noch nicht gibt, obwohl auf Länderebene schon Gesetze existieren. Hierzu später mehr.

Auf dem Weg zur Arbeit

Meine Sitzungswoche startete in Berlin am **Montag** mit meinem eingespielten Team des **Arbeitskreises „Petitionen“**, also den drei Referenten und meinem wissenschaftlichen Mitarbeiter zur **Vorbesprechung**.
Danach leitete ich die **AK-Sitzung**, in der wir wieder sehr viele Bürgerbegehren nach bestem Wissen und Gewissen abarbeiteten. Jeder „Berichterstatter“ lieferte seinen Input.

Wie ihr wisst, weilte **Wolodomir Selenskyj** am Montag in **Berlin**, auch eine **US-Delegation** (jedoch nicht hochrangig) war zugegen.
Vom „Präsidenten Selenskyj“ kann man eigentlich **nicht** sprechen, denn seine **Amtszeit** ist seit **Mai 2024 beendet**. **Neuwahlen** hat er unter dem Vorwand des **Kriegsrechts** bislang **ausgesetzt**. Nach meinem Dafürhalten handelte es sich um eine reine **Showveranstaltung**, bei der **Merz** vorspiegeln wollte, dass **Deutschland** ein Wort mitzureden habe. Aber die Musik spielt in **Washington** und **Moskau**.

Jedenfalls fiel am Montag das **gesamte Netzwerk des Bundestags** für einige Stunden aus. Die Mitarbeiter wunderten sich, die Insider wussten, dass es eine **geplante Unterbrechung** war. Also viel Wind um nichts.
Tichys Einblick schreibt, dass die **Ukraine** ohne weitere Finanzspritzen **pleite** ist, das ist offensichtlich. Damit wäre der **Krieg** auch ohne die Durchsetzung irgendeiner Bedingung des „Noch-Präsidenten“ ganz schnell **beendet**. Jegliches **Geld**, das in die Ukraine bisher geflossen ist, und noch fließen sollte, wäre **umsonst** (bislang **76 Mrd.** incl. humanitärer Hilfe aus D und im Haushalt 26 sind **weitere 11-15 Mrd.** eingeplant).

Es ist offensichtlich, dass Herr **Merz nicht für uns** arbeitet, sondern **andere Interessen** verfolgt.
BlackRock war immerhin im Jahr 2023 mit knapp 5 Prozent **Anteilseigner** an **Rheinmetall**. Über indirekte Beteiligungen, z.B. über Fonds ggf. noch weitaus höher.
Die abgeschlossenen und begonnen **Kriegs-Projekte der NATO** z.B. in Litauen (45. Deutsche Panzerbrigade, mittlerweile ca. 5.000 Mann stark) oder der gemeinsame **Raketenbau Deutschlands** in der Ukraine direkt (Link: *Merz on military support: Is Germany sending Taurus missiles to Ukraine after all? | Euronews*) – all das sind große **Investitionen** in die **Kriegswirtschaft**, und deren Investoren wollen **Rendite** sehen.
Rheinmetall war nach einer einzigartigen Aktienrallye seit Kriegsbeginn 2022 (kommend von unter 200 € und erst seit März 23 im DAX vertreten) ab Oktober/November 25 mit schweren Abstürzen konfrontiert.
Die konkreten **Friedenspläne Trumps** verursachten die sog. **„Friedensangst" in Börsenkreisen**. Herr Merz steht m.E. enorm unter Druck, zu liefern, denn vor allem institutionelle Anleger sind hier mit Sicherheit noch lange nicht satt.
Der einzige Hebel, den er hat, sind die **widerrechtlich „eingefrorenen" Milliarden-Vermögen Russlands** in der EU, davon sind allein **140 Milliarden** in Belgien beim Wertpapierverwalter **Euroclear** hinterlegt. Eine **direkte „Entwendung"** dieser Gelder käme einem **Vertrauens-Erdrutsch** in der Finanzwelt gleich. - Man muss sich vorstellen, dass diese Clearingstelle Ende 2024 über ca. **40,7 Billionen €** an Wertpapieren und Finanzinstrumenten verwaltete. Das Gesamt- Transaktionsvolumen liegt im Bereich von über **1 Billiarde € pro Jahr**. Die Eigentümer sind Versicherer, Staatsfonds und Institutionen verschiedener Länder.
Nun wurde in der Nacht zum Freitag beschlossen, was schon lange durch die Presse ging. Ich hatte hierzu Anfang des Monats eine **schriftliche Frage an die Bundesregierung** gestellt, ihr findet sie auf den Seiten **12 - 13**.

Die **Kriegsunterstützung** wurde nun auf **90 Milliarden** festgesetzt, sie wird schon **Anfang Januar** überwiesen. Die Guthaben Russlands werden nicht angekratzt. Sie sind nur eine „**Feigenblattsicherheit**", da niemals verfügbar. Obwohl in der **EU** das **Einstimmigkeitsprinzip** gilt, wurde es auch dieses Mal **außer Kraft** gesetzt. 24 von 27 Staaten stellen sich nun als **Rückzahler/Garanten** des **Ukraine-Darlehens** zur Verfügung.

Denn die Ukraine wird niemals zurückzahlen.
Damit **torpediert Merz** eindeutig die **Friedensverhandlungen** zwischen Russland und den USA.
Er hält das Sterben am Laufen und den deutschen Michel am Zahlen.

Der **Dienstag** war wie immer mein intensivster Tag.
Der **Arbeitskreis Wirtschaft und Energie** tagte, danach nahm ich teil an der **Arbeitskreisleiter-Runde**, in der ich z.B. auch die **Redezeiten** und **Redner** für unser „**Petitionsgesetz**" anmeldete.
Die folgende **Fraktionssitzung** brachte wenig Überraschungen. Danach machten wir in der **Landesgruppensitzung** u.a. auch eine intensive **Nachbetrachtung** des sehr **erfolgreichen** gemeinsamen **Bürgerdialogs** am

Manchmal hilft nur noch Lachen ;)

12.12. in **Weiden**. Ich freue mich, dass Blau in meiner Heimatstatt immer mehr wirkt.
Schließlich besprachen wir in der letzten „**Obleuterunde**" des Jahres viele kommende Termine z.B. für **Berichterstattergespräche**, Thema war auch die Technik des gemeinsamen **Arbeitsportals**.

Mittwochmorgens um 8 Uhr nahm ich meine Funktion im **Ausschuss Petitionen** wahr.
Aufgrund des bevorstehenden Weihnachtsfestes werden in dieser Woche ausnahmsweise im Plenum nicht nur die Listen der letzten Woche abgestimmt, sondern auch die aktuellen Sammelübersichten der Mittwoch-Sitzung.

Die **Anhörung des Ausschusses „Wirtschaft und Energie"** fand statt zur geplanten **Verschärfung** von **Strafmaßnahmen der EU** bei Verstößen gegen verhängte Sanktionen. Z.B. sollen **Schonfristen wegfallen**, eine **Selbstanzeige** soll **nicht mehr strafbefreiend** sein und die **Strafbarkeit** soll auf **Leichtfertigkeit ausgeweitet** werden. – Hat irgendjemand etwas Positives aus der **EU** erwartet?
Die **DIHK** sprach sich in ihrer Stellungnahme auch **gegen** die sog. „**Jedermannspflicht**" aus. Umgangssprachlich bedeutet das in etwa, dass auch **Beratungsleistungen** der **IHK** der **Strafbewehrung** unterliegen könnten.
Ab 14 Uhr begannen die **Plenarsitzungen**, beginnend mit der Kanzlerbefragung, die nur vor Ostern, vor der Som-

merpause und vor Weihnachten stattfindet.
Merz antwortete also direkt.
Die dann anschließende **Regierungserklärung des Kanzlers** zum folgenden **EU-Gipfel am Donnerstag**, auf dem über die EU-Granden über **Enteignung Russlands** bzw. die **Schuldenverteilung des gigantischen Vermögenstransfers in die Ukraine** berieten, war wieder eine einzige Offenbarung von Merz` wahren Absichten. **Peter Boehringer** sagte einen entscheidenden Satz in seiner Rede: ***Der Ukraine-Krieg wird geführt unter Missachtung von Menschenleben und geltendem Recht. Der Artikel 122 AEUV hat klar geregelt, dass die EU nur einem MITGLIEDSTAAT finanziellen Notbeistand gewähren darf. Der EU-Ratsbeschluss war also allein deswegen rechtswidrig, die Ukraine gehört nicht zur EU.***

Am **Donnerstag** gab es nochmals volles Programm bis spät in die Nacht im **Plenum** des Deutschen Bundestags. Daher folgen hier nur wichtige Stichpunkte:

Die **AfD** fordert mit Antrag 21/3301 die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses zur Steuerfinanzierung von NGOs** (1. Lesung)

Lange Gesichter auf der Regierungsbank

Als Gegenstück fordern die **Grüninnen** in erster Lesung ein neues „**Demokratiefördergesetz**" (21/791), damit die Gelder weiter „im Sumpf der NGOs" versickern können.

In zweiter und dritter Lesung wurde der Antrag der AfD „**Rentnerarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages in der Grundsicherung**" (***21/2718***) mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen **abgelehnt**. Wer weniger als 33 Jahre in der GRV nachweisen kann, wird vom aktuellen „Grundrentenzuschlag" ausgeschlossen. **Aber für „Fairness für alle" hat die Bundesregierung kein Geld übrig.**

Den **Beitritt Deutschlands zur europäischen Nuklearallianz** (21/3302) fordert die **AfD** in erster Lesung. Denn in Europa ist Atomstrom weiter im Ausbau, nur **Deutschland** läuft blindwütig in eine **Sackgasse**.
Der Ausschuss Wirtschaft und Energie ist federführend.

Dann gab es die erste **namentliche Abstimmung** der Woche.
Wie schon berichtet, haben die **Konsensparteien** „unserer Demokratie" bereits im Wahlprüfungsausschuss die **Forderung des BSW auf Neuauszählung** der Bundestagswahl **abgelehnt**, dem BWS hatten rund 9.500 Stimmen zum Einzug gefehlt.
Die Abstimmung bestätigte den Beschluss, die Mehrheiten der Bundesregierung sind schon lange geschwunden, das sehen wir an den Umfragen, vielleicht hatte sie diese ja gar nie....so der Tenor der Rede von **Fabian Jacobi, AfD**.

Meine Rede zum Gesetzesentwurf (Dr.-Nr. 21/3294) „***Stärkung der Bürgerbeteiligung durch die Behandlung von Petitionen durch den Deutschen Bundestag***" der in unserem Arbeitskreis Petitionen erarbeitet wurde, war mein **persönliches Highlight zum Jahresabschluss**. Wir fordern in 1. Lesung mehr Öffentlichkeit durch Debatten im Plenum ab 100.000 Unterstützern, ein öffentliches Petitionsregister und eine Stärkung der Befugnisse des Ausschusses.
Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung berät. Mehr auf der folgenden Seite.

In dritter Lesung wurde der **AfD-Antrag** zur **Abschaffung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten** (***21/329***) abgelehnt. Wir fordern unter anderem, dass die Bundesregierung auch auf EU-Ebene dem Unsinn ein Ende setzt.
Nur die AfD steht für den Mittelstand!

Der letzte Tag vor der Weihnachtspause war auch ziemlich spannend.
Die Linke wollte am **Freitag** wie immer den **Bürgern Geld wegnehmen**. Mit Antrag 21/627 wollte sie in der dritten Lesung „Steuerprivilegien" für höchste Erbschaften streichen. Unter anderem sollte der **Freibetrag**, der alle 10 Jahre gilt, **verschwinden** oder auch Begünstigungen für bestimmte Betriebsvermögen, z.B. in der Landwirtschaft. Aber tatsächlich ist **Erbschaftssteuer per se** schon **ungerecht**, denn **Vermögen, Immobilien, Auto usw. wurden schon aus versteuertem Einkommen bezahlt**. Der „linke" Vorschlag scheiterte haushoch in der namentlichen Abstimmung.

Gleich anschließend brachte die **Bundesregierung** in der letzten namentlichen Abstimmung ihr „**Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb**" durch, durch welches **EU-**

Richtlinien in **deutsches Recht** gegossen werden. Künftig bedarf es für Aussagen wie „umweltfreundlich“ eines (teuren) anerkannten Umweltsiegels.
Die AfD stimmte dagegen.

Zum Abschluss der diesjährigen Plenarsaison glänzte die **AfD** wieder durch **hervorragende Sacharbeit**.
Zum Thema „Deutsch-Amerikanische Beziehungen“ brachten wir gleich fünf neue Anträge ein.

- Im **ersten** (21/3305) begrüßen wir die neue **Sicherheitsstrategie** der USA und fordern zur Vertiefung des deutsch-amerikanischen Bündnisses auf,
- im **zweiten**(21/3307) fordern wir die deutsche Unterstützung im **Entspannungsprozess** der beiden Großmächte ein, also das Zurückfahren von finanzieller Kriegsunterstützung für die Ukraine und schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland,
- im **dritten** (21/3308) fordern wir, international **woke Positionen** oder auch die **Förderung der Abtreibung zurückzudrängen** und Lobbymaßnahmen hierfür **einzustellen**.
- Im **vierten** Antrag (21/3309) wendeten wir uns **gegen die Verwendung von russischem Staatsvermögen**. Er wurde in der Sofortabstimmung direkt abgelehnt.
- Der **fünfte** Antrag verlangt ein Bündel von **Zollerleichterungen für die USA**, falls diese im Gegenzug mitspielt und er verlangt den faktischen EU-CO2-Zoll bzw. den CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf EU-Ebene abzuschaffen.

Für alle Anträge, außer dem vierten, erfolgte nach der Debatte **Überweisung in die Ausschüsse**. (Tatsächlich drängt sich mir hier unausweichlich das berühmte Gauland-Zitat in den Sinn: wir werden sie jagen)
Und auch der Tagesabschluss war blau gefärbt:
Wir thematisierten den **EU-Digital-Service-Act** in der **Aktuellen Stunde**, dessen **Abschaffung** wir fordern.
Ruben Rupp, AfD verwies auf die gegen **Elon Musk** verhängte **Strafzahlung** von willkürlichen **120 Millionen Euro**. Damit soll **Meinungszensur** durchgesetzt werden. Links/Grün/Schwarz ereiferten sich wie immer mit Scheinargumenten und waren sich einig: man will keine mündigen Bürger, die selbst entscheiden, was richtig und was falsch ist.

Liebe Bürger, Interessenten, Mitglieder, Jung und Alt – ich wünsche auch an dieser Stelle nochmals alles Gute, rutscht gut rüber, bleibt gesund und bleibt mir treu.

Während meiner Rede in der Debatte zu unserem Petitionsgesetz-Entwurf

In meiner Rede letzte Woche habe zu unserem **Gesetzentwurf** gesprochen, mit dem wir - die **AfD** - ein **Petitionsgesetz** schaffen wollen, das die **Teilhabe** der Bürgerinnen und Bürger am **politischen Willensbildungsprozess** konkretisiert und die **Rechte** des **Petitionsausschusses erweitert**, da das bestehende Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses aus unserer Sicht außerordentlich **dürftig** ist.

Das **Petitionswesen** hat als **Instrument direkter Bürgerbeteiligung** für uns große Bedeutung, und wir haben als einzige Fraktion in den letzten drei Wahlperioden Initiativen eingebracht, um Petitionen regelmäßig im **Bundestagsplenum** zu behandeln.

Ziel unseres Gesetzentwurfs ist unter anderem daher, **Petitionen** mit mehr als **100.000 Unterstützern** verpflichtend im **Plenum zu debattieren**, damit euch **Bürgern mehr Einfluss auf parlamentarische Themen** gegeben wird.

Wer die Rede verpasst hat, kann sie auf meinem YouTube-Kanal nachschauen:

https://www.youtube.com/watch?v=cHdJFN0O5Wg

Ein Oberpfälzer in Berlin

Bundesministerium der Finanzen

Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Nur per E-Mail:
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Manfred Schiller
Platz der Republik 1
11011 Berlin

[redacted]
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages
[redacted]
www.bundesfinanzministerium.de

12. Dezember 2025

Ihre schriftliche Frage Nr. 55 für den Monat Dezember 2025
GZ: E C 3 - WK 3920/00352/008/005
DOK: COO.7005.100.2.10902934
Seite 1 von 2
(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

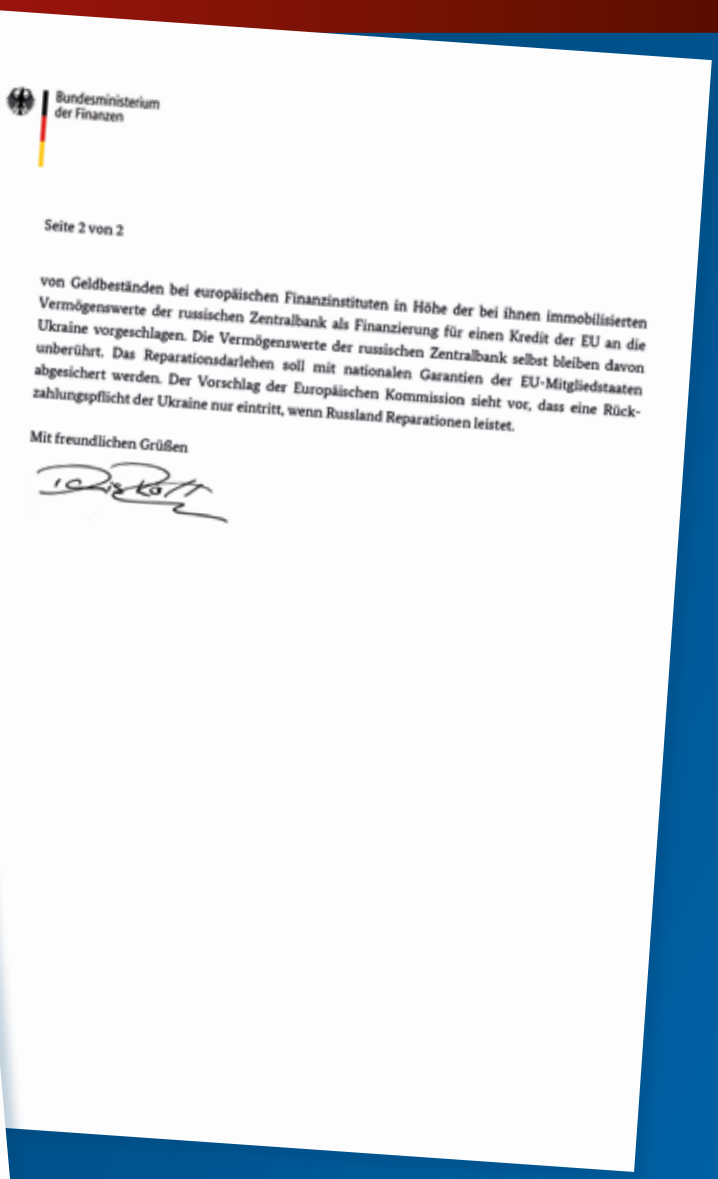
Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

„Welche konkreten eigenen Vorschläge will die Bundesregierung beim kommenden EU-Gipfel am 18. Dezember zu Rückzahlungsmodalitäten (z. B. Dauer, Sicherheiten, wer trägt die Zinslast) für das beabsichtigte zinslose Darlehen über 140 Mrd. Euro an die Ukraine einbringen – nachdem direkte Darlehensausreichungen durch die EU-Staaten wohl vorerst ausgeschlossen sind –, dessen „Grundlage" nach Friedrich Merz' Worten das eingefrorene russische Staatsguthaben bei Euroclear sein soll , und wie soll die Schulden- in kl. Zinslast nach Vorstellung der Bundesregierung im Rahmen des EU-Finanzmanagements verteilt werden, falls Tilgungen der Ukraine ausfallen und die hinterlegten Guthaben beim Dienstleister Euroclear nicht enteignet werden können (www.zeit.de/wirtschaft/2025-12/russisches-vermoegen-eingefroren-ukraine-kriegbelgien)?",

beantworte ich wie folgt:

Die EU-Kommission hat am 3. Dezember ein Paket mit Rechtsetzungsvorschlägen unterbreitet, um den Finanzierungsbedarf der Ukraine für den Zeitraum 2026-2027 zu decken, darunter insbesondere das Modell des Reparationsdarlehens. Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen der Verhandlungen dafür ein, dass die Risiken tragfähig sind und die Lasten fair verteilt werden. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht keine Konfiszierung der immobilisierten Vermögenswerte der russischen Zentralbank vor. Zur Unterstützung der Ukraine aufgrund der anhaltenden Aggression Russlands wird stattdessen bei dem Modell eines Reparationsdarlehens eine Nutzung



Bundesministerium der Finanzen

Seite 2 von 2

von Geldbeständen bei europäischen Finanzinstituten in Höhe der bei ihnen immobilisierten Vermögenswerte der russischen Zentralbank als Finanzierung für einen Kredit der EU an die Ukraine vorgeschlagen. Die Vermögenswerte der russischen Zentralbank selbst bleiben davon unberührt. Das Reparationsdarlehen soll mit nationalen Garantien der EU-Mitgliedstaaten abgesichert werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht vor, dass eine Rückzahlungspflicht der Ukraine nur eintritt, wenn Russland Reparationen leistet.

Mit freundlichen Grüßen

Meine Frage an die Regierung: Dezember 2025:

„Welche konkreten eigenen Vorschläge will die Bundesregierung beim kommenden EU-Gipfel am 18. Dezember zu Rückzahlungsmodalitäten (z. B. Dauer, Sicherheiten, wer trägt die Zinslast) für das beabsichtigte zinslose Darlehen über 140 Mrd. Euro an die Ukraine einbringen – nachdem direkte Darlehensausreichungen durch die EU-Staaten wohl vorerst ausgeschlossen sind –, dessen „Grundlage" nach Friedrich Merz' Worten das eingefrorene russische Staatsguthaben bei Euroclear sein soll, und wie soll die Schulden- in kl. Zinslast nach Vorstellung der Bundesregierung im Rahmen des EU-Finanzmanagements verteilt werden, falls Tilgungen der Ukraine ausfallen und die hinterlegten Guthaben beim Dienstleister Euroclear nicht enteignet werden können (www.zeit.de/wirtschaft/2025-12/russisches-vermoegen-eingefroren-ukraine-kriegbelgien)?"

Die Antwort der Regierung lautete:

„Die EU-Kommission hat am 3. Dezember ein Paket mit Rechtsetzungsvorschlägen unterbreitet, um den Finanzierungsbedarf der Ukraine für den Zeitraum 2026-2027 zu decken, darunter
insbesondere das Modell des Reparationsdarlehens.
Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen der Verhandlungen dafür ein, dass die Risiken tragfähig sind und die Lasten fair verteilt werden. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht keine Konfiszierung der immobilisierten Vermögenswerte der russischen Zentralbank vor.
Zur Unterstützung der Ukraine aufgrund der anhaltenden Aggression Russlands wird stattdessen bei dem Modell eines Reparationsdarlehens eine Nutzung von Geldbeständen bei europäischen Finanzinstituten in Höhe der bei ihnen immobilisierten Vermögenswerte der russischen Zentralbank als Finanzierung für einen Kredit der EU an die Ukraine vorgeschlagen. Die Vermögenswerte der russischen Zentralbank selbst bleiben davon unberührt.
Das Reparationsdarlehen soll mit nationalen Garantien der EU-Mitgliedstaaten abgesichert werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht vor, dass eine Rückzahlungspflicht der Ukraine nur eintritt, wenn Russland Reparationen leistet.“

Mittlerweile wissen wir:

Die **Kriegsunterstützung** wurde nun auf **90 Mrd. festgesetzt** und wird Anfang Januar überwiesen.
Die **Guthaben Russlands** werden **nicht** angekratzt & sind eine „**Feigenblattsicherheit**“, da niemals verfügbar.
Obwohl in der **EU** das **Einstimmigkeitsprinzip** gilt, wurde es auch dieses Mal **außer Kraft** gesetzt. **24 von 27 Staaten** stellen sich nun als **Rückzahler/Garanten** des **Ukraine-Darlehens** zur Verfügung.
Denn die Ukraine wird niemals zurückzahlen.

Damit torpediert Merz die Friedensverhandlungen zwischen Russland & USA.

Energiewendetechnik bis zum finanziellen Exitus!

Wir konstatieren:
Sicherung der Altersrenten in Deutschland–
Fehlanzeige!
Sicherung der Grenzen von Deutschland –
Fehlanzeige!
Sicherung der Sozialsysteme in Deutschland –
Fehlanzeige!
Sicherung von Arbeitsplätzen, Schulbildung, Wissenschaft & Forschung in Deutschland –
Fehlanzeige!
Sicherung von Frieden in Europa –
Fehlanzeige!

Prioritäten unserer Regierung stattdessen:
Milliardengräber in Form neuer Projekte, für die **Deutschland** neu **verdrahtet**, Wald **gerodet** & **zubetoniert**, Landschaft **umgegraben** & **untertunnelt**, Meeresboden **ausgehöhlt** wird - und für all das muss sogar der **Umweltschutz weichen**!
Stichworte sind **Geothermie**, **Wasserstoffkernnetz**, **Kohlendioxidspeichergesetz**, **Negativemissionen/CDR-Technologie** oder „**Nationale Wasserstoffstrategie**“... was es mit all dem im Detail auf sich hat, erläutere ich ausführlich in meiner neuesten PI News- Kolumne „Energiewendetechnik bis zum finanziellen Exitus.“:

https://pi-news.net/2025/12/energiewendetechnik-bis-zum-finanziellen-exitus/

Unser nächster Stammtisch findet am **8. Januar 2026** statt!

Weiden – immer gut besucht:

Unser Stammtisch

Während ich in der letzten Sitzungswoche dieses Jahres in **Berlin** unterwegs war und im **Deutschen Bundestag** eine **Rede** zu unserem AfD-Gesetzentwurf „**Zur Stärkung der Bürgerbeteiligung durch die Behandlung von Petitionen**“ gehalten habe, war auch in meinem **Wahlkreis** wieder einiges geboten.

Unser **Stammtisch** war erneut **sehr gut besucht**. Unser **Oberbürgermeisterkandidat für Weiden**, **Ferdinand Adam**, begrüßte die zahlreichen Gäste. Mit dabei war auch **MdL Roland Magerl**, der den Abend inhaltlich bereicherte.
Besonders erfreulich ist, mit welchem **Rückenwind** wir in die **Kommunalwahl** gehen: Unser **Kreisverband** konnte **zahlreiche engagierte Kandidaten** gewinnen – für Gemeinde- und Kreistage, Bürgermeisterämter, Stadträte und sogar mit einem Oberbürgermeisterkandidaten für Weiden. Das zeigt deutlich, dass **unsere Themen vor Ort ankommen** und immer mehr **Bürger** bereit sind, **Verantwortung zu übernehmen**.Unser Gemeinde- und Kreistagskandidat **Holger Hortig** stellte seine **Wahlkampfstrategie** vor und kündigte eine **konsequente Haus-zu-Haus-Kampagne** an. Zudem gab unser Stadtratskandidat **Johann Schwingl** wertvolle Tipps zum **richtigen Auftreten und Verhalten** im Wahlkampf.
Ein **herzliches Dankeschön** an alle, die dabei waren, sich eingebracht und diesen Abend möglich gemacht haben. Solche Veranstaltungen zeigen, wie lebendig und motiviert unsere Basis ist.

Nun beginnt die stille Zeit im Kreise unserer Familien.
Ich wünsche euch allen eine ruhige und besinnliche Zeit.

Weihnachtszeit

Liebe Freunde,

der vierte Advent liegt bereits hinter uns und ich bereite mich nun auf das Weihnachtsfest im Kreise meiner Familie vor. Ich wünsche euch allen eine schöne „stille Zeit“ und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Euer Manfred Schiller

Stammtisch

Ab 8.1. 2026 wieder:

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt.
Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluss gibt es spannende **Diskussionen**.
Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!
Wir sehen uns!

Manfred Schiller

Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag: Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »**Zwei Bayern in Berlin**«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB

Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!

www.manfred-schiller.de

manfred.schiller@bundestag.de

@manfred.schiller.afd

@manfred.schiller.afd

@manfredafd

@manfredschillerafd

@manfred.schiller.afd

@manfredschillermdb